

Bei der Bildung nicht im Bilde

Noch im Frühjahr diesen Jahres verkündete Kultusminister Rau, dass in Baden-Württemberg beim Thema Schule alles beim besten sei und keinerlei Änderungen notwendig wären. Starke Kritik vom Landeselternverband, durch Medien und Schulen haben dazu geführt, dass der Kultusminister unter Beschuss geriet und sich äußern musste. Ministerpräsident Oettinger stellte sich trotz dieser Kritik hinter Kultusminister Rau. Eltern und Lehrer protestierten zu diesem Zeitpunkt bereits in Stuttgart auf der Straße.

Doch bereits im Juli spricht die Landesregierung von einer Bildungsoffensive: 5.000 neue Lehrer, 500 Millionen Euro zusätzlich für die Schulen, der Klassenteiler soll verkleinert werden und man überlegt, ob man 700 unterbelegte Schulen schließen soll. Also war eigentlich nichts zum Besten, sondern in der Bildungspolitik wurde in den letzten Jahren in Baden-Württemberg heftig geschlafen. Das versprochene Geld muss die Landesregierung erst mal nicht ausgeben, da die Lehrer im Juli schon längst eine Stelle haben, viele nicht in Baden-Württemberg. Die Lehrer sind in andere Bundesländer abgewandert, da hier keine Stellen in Aussicht waren. Somit bleibt erst mal alles beim Alten. Und das sieht zum Beispiel so aus:

27 % der Gymnasialklassen haben 31 bis 33 Kinder, was eine Zumutung für Lehrer und Schüler ist.

Auch Tamm ist betroffen. Alle fünften Klassen im Friedrich-List-Gymnasium haben 31 und mehr Kinder. Mit dem neuen G8 (Gymnasium in 8 anstatt in 9 Jahren) sind über 73% der Eltern sehr unzufrieden. Die Einführung des G8 durch unsere Landesregierung war schlecht vorbereitet, zudem wurde die erforderliche Anpassung des Lehrstoffes versäumt.

Die Belastung für die Kinder ist zu hoch. Vor kurzem wollte Oettinger noch die Förderung für naturwissenschaftliche Kurse streichen, was zu massiver Kritik seitens der Wirtschaft führte. Herr Oettinger ruderte schnell zurück. Nach dem Motto, „Mal doch eine Anpassung, aber ohne Plan“.

Die groß angekündigte Bildungsoffensive kam nicht durch eigene Erkenntnis, sondern durch Druck von Elternverbänden, Lehrern und Medien. Da nächstes Jahr gewählt wird, musste die Regierung sich bewegen. Traurig, aber wahr. Diese Offensive ist aber nur angekündigt und wird erst nach den Wahlen umgesetzt. Da ist abzusehen, dass vieles wieder zurück genommen wird. Dem Wähler wird wieder wie zu Kohls Zeiten: blühende Landschaften bzw. Schulen vor den Wahlen versprochen. Bei der ersten Verkündung hieß es: 5.000 neue Lehrer. Das sind aber nicht zusätzliche Lehrer, wie man meinen kann, wenn man von einer Bildungsoffensive redet, sondern ca. ein Drittel von diesen Lehrern sind Ersatz für ausscheidende Lehrer. Und so bröckelt die notwendige Bildungsoffensive. Auf der anderen Seite sucht unsere Wirtschaft händeringend Fachkräfte wie z.B. Ingenieure, und da unsere Regierung diese nicht durch Bildung der Bevölkerung bekommt, lockert man die Einwanderungsbedingungen für hochqualifizierte Ausländer. Da fragt man sich, wo ist das von Oettinger gepriesene baden-württembergische Kinderland?

Das Casino schließen!

Politiker können nicht mit Geld umgehen – dies war eine scheinbar unumstößliche Volksweisheit. Wie gut, dass wir Banker haben, die den Umgang mit Geld richtig gelernt haben?

Da hat sich mancher verwundert die Augen gerieben: Mehrere US-Banken pleite, weltweit konnten viele Banken nur dank der Hilfe der vielgeschmähten Politiker und unserer Staaten überleben.

Gewinnorientiert ist gut, gemeinwirtschaftlich ist schlecht. Der Markt regelt sich am Besten selbst. Leistung muss sich lohnen – wer total überzogene Manager-Gehälter anprangert, schürt die Neid-Debatte. Je unregulierter die Marktwirtschaft, umso mehr Wohlstand. Diese fast schon religiös anmutenden Glaubenssätze durften wir uns seit 30 Jahren aus Medien, Wissenschaft, Wirtschaft und großen Teilen der Politik anhören.

Unvorstellbarer Reichtum für wenige: Ja. Der Preis: Die Kluft zwischen Arm und Reich wurde immer größer. Selbst in einem reichen Land wie Deutschland stieg die Zahl derer, die von ihrer Arbeit nicht leben können, ständig an. Man kann jeden erarbeiteten Euro eben nur einmal verteilen. Hungerlöhne sind die Kehrseite des unvorstellbaren Reichtums. Unvorstellbare Gier sowie unvorstellbare Verluste für alle Steuerzahler.

„Real existierender Sozialismus“ im Osten und Soziale Marktwirtschaft im Westen wurden abgelöst durch einen Turbo-Kapitalismus, der unermesslichen Reichtum für wenige und Armut für viele brachte. Ob das das ist, was möglich wäre und was im Interesse der meisten Menschen auch nötig wäre?

In Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 und des darauf folgenden Zweiten Weltkrieges wurde die Finanzwirtschaft durch die Regeln von Bretton Woods sowie strenge nationale Beaufsichtigung stark reguliert. Nachdem beginnend in den 70iger Jahren und verstärkt in den 80iger Jahren die Regulierungen weitgehend aufgehoben wurden, gab es in der Folge 1987 wieder einen Börsencrash. Seither gehören alle 5-10 Jahre wiederkehrende Finanzcrashs dazu wie der Regen zum Sonnenschein.

Dass immer wieder Finanzblasen platzen, ist angesichts einer von der Realwirtschaft entkoppelten Finanzwirtschaft kein Wunder: Im Jahr 1980 gab es weltweit etwa genauso viele Finanztransaktionen wie Güter und Dienstleistungen erzeugt wurden. Inzwischen gibt es vom Wert her etwa 80 mal so viel Finanztransaktionen wie reales Wirtschaften.

Wohlstand entsteht nur durch menschliche Arbeit bei der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen. Es ist deshalb höchste Zeit, Sand in die Roulette-Tische der Zockerbanken, Hedge-Fonds etc. zu streuen und Finanztransaktionen endlich zu besteuern, wie dies früher der Fall war.

Was wir an den Finanzmärkten erleben, ist reiner Casino-Kapitalismus: Einer gewinnt, einer verliert. Banken sollten keine Wettbüros sein. Wenn ein Spielcasino oder ein Wettanbieter pleite geht, hat dies auf die sonstige Wirtschaft kaum Auswirkungen. Wenn aber reihenweise Banken pleite gehen, sind die Folgen erheblich. Deshalb ist eine wirkungsvolle Bankenaufsicht erforderlich, die sicherstellt, dass Banken Bankgeschäfte und keine Wettgeschäfte betreiben.

Noachgfroagt:

„Dua, was doosch denn mit dem Ruggsagg?“



„Ha, i gang heit zu ra Veraschdaldong en da Biargrsaal, do geits doch nix zom Essa.“

Sicherer Schulweg – Veränderung der Verkehrssituation in der Hauptstraße

Die Situation am bislang empfohlenen Schulweg, der die Überquerung der Hauptstraße in der Höhe des Schuhhauses Zörn anrät, wird von der Verkehrs AG des Gesamtelternbeirates der Tammer Kindergärten als zu gefährlich für Kinder eingeschätzt. Dies wurde ebenfalls von einem Vertreter des ADAC bestätigt.

Die Verkehrs AG hatte bereits im Jahr 2002 bei der Straßen- und Gehweggestaltung beim Ausbau der Hauptstraße darauf hingewiesen, dass ohne eine Verkehrsberuhigung die Querung des Schulwegs an der Ecke Rotwiesen-/ Hauptstraße problematisch bleibt.

Durch die Erschließung des Baugebietes Kernacker I ist jetzt und zukünftig eine Vielzahl Familien mit ihren Kindern auf einen sicheren Schulweg zur Grundschule und den weiterführenden Schulen sowie zur Schwimmhalle angewiesen. Gleichzeitig müssen auch viele Kinder den Weg zum Kindergarten Bismarckstraße über die Hauptstraße zurücklegen.

Die Verkehrs AG hält eine übersichtlichere Gestaltung der Überquerung, eine Reduktion des Durchgangsverkehrs und die Überwachung der Geschwindigkeit langfristig für unerlässlich, um einen sicheren Schulweg zu gewährleisten. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, überreichte die Verkehrs AG anlässlich der Gemeinderatssitzung im September 2008 Herrn BM Zeller eine Liste mit rd. 70 Unterschriften von Befürwortern. Dabei ist man offen für alle Maßnahmen, die für eine Verbesserung der Lage sorgen. Der letzte Stand der Dinge ist, dass BM Zeller bei der zuständigen Verkehrsbehörde einen Zebrastreifen für die Querung beantragt hat.

Die SPD hält diese Forderungen für berechtigt und wird sich mit Nachdruck für deren Umsetzung einsetzen.